



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel I:  
Pflegepool verstetigen und erweitern, Anreize für Pflege-Springerpools schaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel oder durch Umschichtungen im Haushalt für die Schaffung eines praktikablen Refinanzierungsrahmens für trägereigene und trägerübergreifende Springerpools insbesondere für Pflegeeinrichtungen einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob und ggf. wie der Pflegepool im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel über den Katastrophenfall hinaus verstetigt und um andere pflegerische und medizinische Berufsgruppen, also auch um Ärztinnen und Ärzte oder um Hebammen, erweitert werden kann

### **Begründung:**

Um dem coronabedingten Personalmangel in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens entgegenzuwirken, wurde der Pflegepool Bayern in Zusammenarbeit des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege mit der Vereinigung der Pflegenden in Bayern ins Leben gerufen. Über die Führungsgruppen Katastrophenschutz können dort Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, die dringend Unterstützung im Pflegebereich benötigen, freiwillige Pflege- und Hilfskräfte anfordern.

Der Fachkräftemangel ist aber in vielen Bereichen des Gesundheitswesens nicht erst seit Corona deutlich geworden. Ziel muss es daher sein, die rechtlichen Möglichkeiten des Pflegepools auf alle pflegerischen und medizinischen Berufe, auch für Ärztinnen und Ärzte oder Hebammen, auszuweiten. Aus diesem Pool sollen sich Senioren- und Pflegeheime ebenso im Notfall bedienen können wie Krankenhäuser oder auch der öffentliche Gesundheitsdienst. Vorrangig müssen in Pflegeeinrichtungen Anreize für trägereigene und/oder -übergreifende Springerpools geschaffen werden. Im Bereich der Pflege kann hierfür künftig die Pflichtregistrierung der Pflegekräfte einen wichtigen Beitrag leisten.



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Johann Häusler, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Alfons Brandl, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Guttenberger, Petra Högl, Dr. Petra Loibl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Angelika Schorer, Kerstin Schreyer, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel** CSU

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel II:  
Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Pflege!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viele Familien vor enorme Herausforderungen stellt. Sie werden aber noch verstärkt, wenn ein Elternteil in der Pflege beschäftigt ist und deshalb auch Schichtarbeit und kurzfristiges Einspringen für erkrankte Kollegen notwendig ist und erwartet wird. Dies führt zu organisatorischen Problemen in den Familien.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel etwa durch entsprechende Projekte und Finanzierungsanreize für eine verlässliche Dienstplangestaltung einzusetzen, um so die Vereinbarkeit von Familie und einem Beruf in der Pflege zu erleichtern.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Schaffung eines praktikablen Refinanzierungsrahmens für trägereigene und trägerübergreifende Springerlösungen, insbesondere für Pflegeeinrichtungen, einzusetzen. Wichtig ist dabei, dass diese nicht allein stationären Einrichtungen zur Verfügung stehen, sondern auch ambulanten Pflegediensten. Darüber hinaus sollen geteilte Dienste vermieden werden. Intelligente Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Pflege müssen gefördert und erprobt werden, sodass die Vereinbarkeit von Familie und beruflicher Tätigkeit verbessert und durch die Ermöglichung einer längeren Arbeitszeit oder sogar Vollzeittätigkeit ein wichtiger Schritt unternommen wird, um Altersarmut wirksam zu bekämpfen.

### **Begründung:**

Viele Pflegekräfte möchten ihren Beruf mit dem Wunsch nach Kindern und Familie vereinbaren und stoßen dabei häufig auf erhebliche Hürden etwa beim Schichtdienst oder dem Erfordernis hoher Flexibilität bei den Arbeitszeiten. Dies führt dazu, dass Pflegekräfte vermehrt in Teilzeit arbeiten. In Anbetracht des Fachkräftemangels in der Pflege, der vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung zunehmend dramatischer

wird, gilt es, intelligente Lösungen für dieses Problem zu schaffen, damit es für Pflegekräfte erleichtert wird, Familie und Beruf zu vereinbaren und eventuell sogar wieder in Vollzeit zu arbeiten. Letztendlich wird eine Basis für eine auskömmliche Rente geschaffen.



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel III:  
Attraktivität der Pflegeausbildung weiter steigern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel oder durch Umschichtungen im Haushalt eine neue Ausbildungsoffensive für die Pflege zu starten, um noch mehr junge Menschen für diesen Beruf zu begeistern.

Diese Offensive sollte aus den folgenden Bausteinen bestehen, die die Attraktivität einer Ausbildung im Bereich der Pflege weiter steigern:

- aus einem Modul im Umfang von drei bis zwölf Monaten, mit dem die Ausbildung im Rahmen der generalistischen Pflegeausbildung in einem vom Auszubildenden frei zu wählenden Partnerland abgeleistet werden kann,
- aus einer Initiative auf Bundesebene für eine Vergütung der Pflegestudierenden während ihres Studiums nach dem Modell der Studierenden im Bereich der Hebammenkunde.

Der Landtag appelliert an alle Träger der praktischen Ausbildung, im Falle einer Übertragung der Organisation der praktischen Ausbildung an eine Pflegeschule, die im Rahmen des Pauschalbudgets für die praktische Ausbildung für diese Aufgabe vorgesehenen Mittel den Schulen vollumfänglich zur Verfügung zu stellen, soweit dies nicht bereits der Fall ist. Nur so können die notwendigen Ressourcen von den Pflegeschulen auch vorgehalten werden, um der übertragenen Aufgabe gerecht werden zu können und eine Beeinträchtigung der eigentlichen pädagogischen Kernaufgabe zu vermeiden.

### **Begründung:**

In den kommenden Jahren wird der Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung in Deutschland deutlich zunehmen. Zugleich erreichen ältere Menschen häufiger ein sehr hohes Alter. Der Anteil der über 80-Jährigen wird von derzeit vier Prozent auf rund 12 Prozent im Jahr 2050 ansteigen. Mit zunehmendem Alter wächst das Risiko, hilfs- und pflegebedürftig zu werden. Deshalb muss – um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern – alles Mögliche getan werden, um junge Menschen für eine Tätigkeit im Gesundheitswesen zu begeistern.

Ein Auslandsjahr kann hier ein wichtiges Attraktivitäts-Plus sein. Junge Leute zieht es ins Ausland. Im Bereich der generalistischen Pflege-Ausbildung sollen sie sich diesen Wunsch bezahlt in einem frei zu wählenden Umfang von drei, sechs, neun oder zwölf Monaten und in einem Partner-Land ihrer Wahl erfüllen können.

Im Bereich des Hebammenstudiums konnte eine Vergütung bereits durchgesetzt werden. Dies muss nun analog auch für die Pflegestudiengänge geschehen. Nur so werden wir uns der vom Wissenschaftsrat geforderten Quote von 10 bis 20 Prozent akademisch gebildeter Absolventinnen und Absolventen in der Pflege annähern können. Viele junge Leute haben den Wunsch nach einem akademischen Abschluss. Durch die – aufgrund des demografischen Wandels – zunehmende Multimorbidität der Pflegebedürftigen hat eine höhere Quote akademisch gebildeter Absolventinnen und Absolventen als die aktuellen 0,5 Prozent tatsächlich eine Berechtigung.



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Johann Häusler, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel IV: Pflegefachkräfte gewinnen und zugleich Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – eine gesamteuropäische Aufgabe**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel speziell in den südeuropäischen Ländern, die eine hohe Jugendarbeitslosigkeit mit steigender Tendenz aufweisen, darum zu bemühen, junge Menschen für eine Pflegeausbildung in Deutschland zu gewinnen, sodass dem akuten Fachkräftemangel in der Pflege effektiv entgegengewirkt wird, den Jugendlichen eine verlässliche berufliche Perspektive aufgezeigt und die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden kann. Dabei ist eine sprachliche und fachliche Vorbereitung der Jugendlichen in ihrem jeweiligen Heimatland nötig. Gleichzeitig ist durch eine sensible Vorgehensweise darauf hinzuwirken, dass nicht Pflegekräfte abgeworben werden, die in den betroffenen Ländern selbst für die Versorgung der Pflegebedürftigen dringend benötigt werden, sondern dass die Jugendarbeitslosigkeit in den EU-Mitgliedstaaten wirksam bekämpft wird.

### **Begründung:**

Der demografische Wandel prägt unsere Gesellschaft. Angesichts eines wachsenden Anteils der älteren und pflegebedürftigen Bevölkerung wächst auch der Bedarf an qualifizierten, gut ausgebildeten Pflegefachkräften. Bereits heute besteht ein hoher bundesweiter Fachkräftemangel in diesem Bereich. Gleichzeitig ist die Jugendarbeitslosenquote im Juni im gesamten Euro-Raum von 13,2 Prozent auf 13,6 Prozent gestiegen. So beträgt die Jugendarbeitslosigkeit jedoch in Griechenland sogar 29,5 Prozent und in Spanien 27,9 Prozent. Derart hohe Zahlen sind für die Lebensplanung junger Menschen verheerend. Insofern könnte es bei richtiger Herangehensweise ein guter innereuropäischer Lösungsansatz sein, gezielt junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege in Deutschland zu gewinnen und ihnen einen dauerhaften Arbeitsplatz und eine hervorragende berufliche Zukunft zu bieten.



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel V: Pflegekräfte länger im Beruf halten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag würdigt die Leistung aller Pflegekräfte gerade in der Coronapandemie. Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin Konzepte und Konzeptentwicklungen zu unterstützen, um Pflegekräfte im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel länger im Beruf zu halten. Dazu müssen gehören:

- attraktive Alters-Teilzeitmodelle
- vielfältige und interprofessionelle Fort- und Weiterbildungsangebote für erfahrene Pflegenden sowie Ärztinnen und Ärzte (z. B. in Simulationszentren), zu der auch innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Teilnehmer aller Gesundheitsberufe gehören
- mehr einrichtungsspezifisches, betriebliches Gesundheitsmanagement, das eine Supervision schon ab der Ausbildung miteinschließt, in allen Bereichen auch einrichtungs- und trägerübergreifend, als echte „Pflege der Pflegenden“

### **Begründung:**

Die durchschnittliche Verweildauer der Pflegekräfte in ihrem Beruf ist zu kurz – je nach Quelle beträgt sie zwischen 5,8 und 7 Jahren. Deshalb bedarf es eines Konzepts, das insbesondere auf ältere Pflegekräfte ausgerichtet ist. Attraktive Alters-Teilzeitmodelle o. ä. oder vielfältige und interprofessionelle Fort- und Weiterbildungsangebote für erfahrene Pflegenden etwa in Simulationszentren können eine Möglichkeit sein. Auch bedarf es des Ausbaus der innerbetrieblichen Fort- und Weiterbildungsangebote für Teilnehmer aller Gesundheitsberufe. Auch diesbezüglich müssen Sektorengrenzen überwunden werden.

Gemeinsam mit dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa) und in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Public Health und Versorgungsforschung der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München hat der Bayerische Heilbäder-Verband e. V. ein Projekt zur betrieblichen Gesundheitsförderung durchgeführt. Aufbauend auf

den Erfahrungen bedarf es eines mehr einrichtungsspezifischen, betrieblichen Gesundheitsmanagements, das eine Supervision schon ab der Ausbildung miteinschließt, in allen Bereichen auch einrichtungs- und trägerübergreifend.





## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Johann Häusler, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel**  
**CSU**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel VI: Pflege darf nicht krank machen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Arbeit von Pflegekräften für die gesamte Gesellschaft einen besonderen Wert hat. Auf der anderen Seite bringt der Pflegeberuf erhebliche physische und psychische Belastung mit sich. Allen Pflegekräften spricht der Landtag seine besondere Wertschätzung und Anerkennung aus.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bund für einen Ausbau der Gesundheitsprävention und weitergehende Finanzierung des betrieblichen Gesundheitsmanagements speziell für die Pflege einzusetzen. Zu prüfen ist in diesem Rahmen insbesondere der Einsatz von auf die Unternehmen zugeschnittenen Gesundheitslotsen, die gerade in einem interkulturellen Umfeld als Bindeglied fungieren können, um wichtige Gesundheitsinformationen zu verbreiten und mit Rat und Tat vor Ort zur Verfügung zu stehen.

Um auch pflegende Angehörige zu erreichen, bei denen eine Gesundheitsförderung über betriebliche Strukturen nicht erfolgen kann, wird die Staatsregierung aufgefordert, zu prüfen und aufzuzeigen, auf welchem Weg die Gesundheitsprävention am besten umgesetzt werden kann.

### **Begründung:**

Pflegekräfte sind bei ihrer täglichen Arbeit erheblichen Belastungen ausgesetzt. Zu den speziellen Belastungen zählen z. B. schweres Heben und Tragen, die hohe Verantwortung, der Zeitdruck, Wechsel und Schichtarbeit, der Umgang mit Schwerkranken und Sterbenden sowie der Konflikt mit Angehörigen. Überdurchschnittlich hohe Krankheits- und Fehlzeiten sind die Folge. Durch die Einführung bzw. Intensivierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements kann dem gezielt entgegengewirkt werden. Denkbar sind Maßnahmen zur Verstärkung des Bewegungsangebots, zum Teambuilding, um die Arbeitsatmosphäre zu verbessern, aber auch zu Ernährungsfragen und psychosozialer Gesundheit. Gleiches trifft auf die pflegenden Angehörigen zu, die zudem durch eine oftmals enge familiäre Beziehung starkem emotionalen Druck ausgesetzt sind.



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Benjamin Miskowitsch, Walter Nussel, Helmut Radlmeier, Klaus Stöttner, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel VII: Pflegekräfte entlasten, Chancen der Digitalisierung und Robotik nutzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die vielfältigen Maßnahmen wie „Dein-Haus 4.0“ zu berichten, wie das Potenzial der Digitalisierung und Robotik in der Pflege noch stärker genutzt und auch bekannter gemacht werden kann, damit Pflegenden mehr Zeit für ihre eigentliche pflegerische Tätigkeit und für die menschliche Zuwendung haben.

### **Begründung:**

Digitalisierung und Robotik in der Pflege sollen Pflegenden entlasten, mitnichten aber ersetzen. Gerade im Bereich der Pflegedokumentation bieten digitale Tools ein großes Potenzial zur Entlastung der Pflegenden.

Für viele Pflegenden – ambulant wie stationär – ist ein konkreter Nutzen der Technik für ihre Arbeit nicht selbstverständlich. So zeigen die Ergebnisse einer Studie des IGES-Instituts, dass Pflegeeinrichtungen sich mit Blick auf einen potenziellen Nutzen digitaler Anwendungen momentan eher noch zurückhaltend äußern: mehr als die Hälfte der Einrichtungen erwarten physische Entlastung ihrer Pflegekräfte, 40 Prozent psychische Entlastung<sup>1</sup>.

Während in der stationären Pflege vor allem technische Hilfen wie Aufstehhilfen verbreitet sind, kommt Robotik wie Assistenz- oder Serviceroboter, die als Esshilfen dienen oder bei der sozialen Interaktion und Beschäftigung von Pflegebedürftigen unterstützen, nur punktuell zum Einsatz. Rund jeder zweite ambulante Pflegedienst und drei Viertel der stationären Einrichtungen erkennen es als notwendig an, künftig mehr Technik zu nutzen. Es gilt für Angehörige wie für Pflegekräfte gleichermaßen: Moderne Technik kann sie unterstützen und körperlich entlasten, ja vor Überlastung schützen. Für die menschliche Nähe bleibt so mehr Zeit.

---

<sup>1</sup> Quelle: IGES Studie 2020



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel VIII:  
Zurück in den Beruf, Wiedereinstieg attraktiver machen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Prämie einzusetzen, wenn Großeltern, Familie oder Freunde die Betreuung der Kinder zu ungünstigen Dienstzeiten (Abend-, Nacht- oder Wochenenddienste) übernehmen und so den Beschäftigten in Gesundheits- und Pflegeberufen eine Rückkehr in ihren Beruf, insbesondere nach einer Familienzeit, leichter ermöglichen. Dabei ist darauf zu achten, dass sich diese Prämie nicht ungünstig auf etwaige Rentenansprüche etwa im Rahmen der Hinzuverdienstgrenze auswirkt.

### **Begründung:**

Der Wiedereinstieg von Beschäftigten in Gesundheits- und Pflegeberufen nach der Elternzeit oder einer anderen Auszeit aus dem Beruf muss konkret gefördert werden – zum Beispiel durch Förderung von Kita-Plätzen, durch Förderung eines familienfreundlichen Dienstplanes für Eltern und besondere Fort- und Weiterbildungen zum Wiedereinstieg.

Vieles passiert bereits, nicht aber die Betreuung an Wochenenden, an Feiertagen, zu Nacht- oder sehr späten Dienstzeiten. Auch hier muss Pflege gewährleistet werden. Ein zusätzlicher finanzieller Anreiz seitens des Bundes soll für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sorgen.



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel IX: Zahl der Medizin-Studienplätze weiter ausbauen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Anstrengungen der Staatsregierung sowie die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIE WÄHLER zum Ausbau der Studienplätze gerade im Bereich der Hebammenkunde und der Humanmedizin. Dies gilt es umzusetzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über den aktuellen Stand des Ausbaus der Medizinstudienplätze in Augsburg, Oberfranken und Niederbayern zu berichten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in diesem Bericht auch auf Wege einzugehen, wie im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel die Zahl der Medizinstudienplätze in allen Bundesländern erhöht werden kann.

Wünschenswert ist dabei eine Abkehr vom bisher praktizierten Vergabeverfahren für die Vergabe von Studienplätzen in Humanmedizin. Dies würde Druck auf bisher unter Bedarf ausbildende Bundesländer ausüben sowie einen Anreiz für die übrigen Länder bieten, weitere Studienplätze zu schaffen.

Denkbar ist auch ein Modell, bei dem sich die Bundesländer Studienplätze an solchen europäischen Universitäten sichern, die von heimischen Studienwilligen ohnehin als Ausweich-Studienorte gewählt werden, etwa Budapest, Salzburg, Varna oder Split. Die Länder könnten diesen Universitäten deren Kosten finanziell ausgleichen und im Gegenzug die Studierenden benennen dürfen. Auf diesem Weg könnte die Zahl der Studienplätze rasch erhöht werden.

### **Begründung:**

Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in Bayern hat im vergangenen Jahr zwar ein neues Rekordhoch erreicht. Die Bayerische Landesärztekammer zählte zum Jahresende 68 687 berufstätige Ärztinnen und Ärzte. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um knapp zwei Prozent. Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl um fast 20 Prozent gestiegen. Aber: Zum einen steigt der Behandlungsbedarf der Bevölkerung, weil die Menschen im Schnitt immer älter werden und altersbedingte Erkrankungen entsprechend zunehmen. Zum anderen erhöht der Wunsch nach einer vom früheren Mediziner-

Bild abweichenden Lebensgestaltung den Bedarf an Ärztinnen und Ärzten. So hat der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Gerald Quitterer, in der Anhörung der Landtagsausschüsse für Gesundheit und Pflege sowie für Wissenschaft und Kunst am 9. Juni 2021 im Landtag festgestellt, dass 200 Studienplätze nötig sind, um 100 heute praktizierende Ärztinnen und Ärzte zu ersetzen.

Neben Nordrhein-Westfalen beherbergt kein Bundesland mehr Hochschulen mit medizinischer Fakultät als Bayern. Die Ausbildungskapazität muss aber nicht nur in Bayern, sondern bundesweit weiter erhöht werden. Bayern wirkt mit Gründung des Klinikums der Universität Augsburg und der Medizincampus Oberfranken und (coming soon) Niederbayern schon jetzt als Vorbild.



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel X: Bericht über den Verbleib im Medizinerberuf**

Der Landtag wolle beschließen:

Um die Zahl der für unser Land notwendigen Medizinstudienplätze verlässlich ermitteln zu können, wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, in welchen Bereichen ausgebildete Medizinerinnen und Mediziner nach Abschluss ihres Studiums tatsächlich tätig sind.

Auf der Basis wissenschaftlicher Studien soll die Staatsregierung gegenüber dem Landtag die Wege der Absolventinnen und Absolventen eines Medizinstudiums nachzeichnen.

### **Begründung:**

Der Fachkräftemangel ist in vielen Bereichen des Gesundheitswesens nicht erst seit Corona deutlich geworden. Auch im Bereich der Ärzteschaft bedarf es deutlich mehr Nachwuchs, um die in Ruhestand gehenden Mediziner zu ersetzen. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in Bayern hat im vergangenen Jahr zwar ein neues Rekordhoch erreicht. Die Bayerische Landesärztekammer zählte zum Jahresende 68 687 berufstätige Ärztinnen und Ärzte. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um knapp zwei Prozent. Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl um fast 20 Prozent gestiegen. Aber: Zum einen steigt der Behandlungsbedarf der Bevölkerung, weil die Menschen im Schnitt immer älter werden und altersbedingte Erkrankungen entsprechend zunehmen. Zum anderen erhöht der Wunsch nach einer vom früheren Mediziner-Bild abweichenden Lebensgestaltung den Bedarf an Ärztinnen und Ärzten. So hat der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Gerald Qwitterer, in der Anhörung der Landtagsausschüsse für Gesundheit und Pflege sowie für Wissenschaft und Kunst am 9. Juni 2021 im Landtag festgestellt, dass 200 Studienplätze nötig sind, um 100 heute praktizierende Ärztinnen und Ärzte zu ersetzen.

Das Medizinstudium zählt zu den teuersten und aufwändigsten Studiengängen. Deshalb ist es aus Versorgungssicht wichtig, möglichst viele Medizinerinnen und Mediziner in ihrem Beruf zu halten – bzw. zu erfahren, warum sie dem Patientenbett in unserem Land den Rücken gekehrt haben. Dazu ist aktuell eine Studie in Arbeit. Das Institut für

Hochschulforschung (IHF) hat derzeit ein laufendes Projekt „Absolventen in der Medizin: Berufliche Orientierung und Weiterqualifizierung (MediBAS)“<sup>1</sup>, welches auch bereits 2013/2014 und 2018/2019 durchgeführt wurde. Über (Zwischen-) Ergebnisse soll im Ausschuss für Gesundheit und Pflege berichtet werden.

---

<sup>1</sup> <https://www.ihf.bayern.de/forschung/forschungsbereiche/absolventen-und-arbeitsmarkt/absolventen-in-der-medizin-berufliche-orientierung-und-weiterqualifizierung-medibas>



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XI: Hebammen-Studienplätze weiter ausbauen, Masterstudiengang vorbereiten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die deutlichen Fortschritte im Bereich der Akademisierung der Hebammenausbildung. Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu prüfen und im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten,

- wie weitere Hebammenstudienplätze im Bereich der bisherigen Hebammen-Fachschule Ingolstadt entstehen bzw. wie die bisher genutzten Praxisplätze weiterhin für die akademisierte Hebammenausbildung zur Verfügung stehen können,
- wie das für die Hebammenausbildung nötige wissenschaftliche Personal unter Wahrung der Eigenverantwortung der Hochschulen im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel insbesondere durch einen künftigen bayerischen Masterstudiengang Hebammenkunde gesichert werden kann, wie einheitliche Standards in der Hebammenausbildung bayernweit sichergestellt werden können. Eine Option könnte hierbei ein von der Staatsregierung initiiertes Runder Tisch gemeinsam mit den Hebammen ausbildenden Universitäten und Hochschulen sein, der Eckpunkte für einen einheitlichen Lehrplan Praxisbegleitung für die Kliniken, also für die Praxiseinsätze der Studierenden, erarbeitet.

### **Begründung:**

Derzeit gibt es in Bayern 165 Studierende in Bachelor-Studiengängen im Bereich der Geburtshilfe und Hebammenkunde an den vom Ministerrat festgelegten Standorten Coburg-Bamberg, Erlangen, Nürnberg, Landshut, München und Regensburg. Die Standorte Augsburg, Aschaffenburg und Würzburg sind vom Ministerrat beschlossen und in Planung. Es bedarf weiterer Studienplätze, aber es mangelt derzeit nicht nur in Bayern an Lehrpersonal. Hierzu müssen unter Wahrung der Eigenverantwortung der Hochschulen weitere Schritte in Richtung eines bayerischen Masterstudiengangs Hebammenkunde unternommen werden, um auch das Lehrpersonal, das sich aus dem Bereich der Hebammen selbst rekrutiert, sicherzustellen.



Auch muss es einheitliche Standards nicht nur für das Studium, sondern vor allem auch für die Praxisplätze geben. Ein gemeinsamer Austausch von den in diesem Bereich tätigen Hochschulen und Universitäten zur Festlegung solch bayernweit einheitlicher Standards ist wünschenswert.

Sichergestellt werden muss schließlich, dass die Praxisplätze der bisherigen Hebammen-Fachschule Ingolstadt auch künftig für die akademisierte Hebammen-Ausbildung zur Verfügung stehen und im Rahmen eines bayerischen Bachelor-Studiengangs auch genutzt werden.



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XII: Vergütung nach dem Vorbild der Hebammen-Studienplätze einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Vergütung der Pflegestudierenden während ihres Studiums nach dem Modell der Studierenden im Bereich der Hebammenkunde einzusetzen.

### **Begründung:**

Pflege ist ein immer anspruchsvoller werdender Beruf, u. a. weil die zu Pflegenden älter und multimorbider werden. Ziel muss es daher sein, dass weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die vom Wissenschaftsrat für den Bereich Pflege vorgegebene Zielmarke von 10 bis 20 Prozent akademisiert ausgebildeter Fachkräfte an der Gesamtheit der Pflegefachkräfte zu erreichen. Hier muss anerkannt werden, dass einige junge Menschen primärqualifizierend Pflege studieren wollen – nicht erst nach einer vorausgegangenen Ausbildung. Es ist im Interesse unserer gesamten Gesellschaft, die akademisierte Pflegeausbildung zum Bett hin zu unterstützen und zu fördern.

Um Hürden für die Aufnahme eines Pflegestudiums abzubauen, bedarf es für die Studierenden einer Vergütung analog der Vergütung der Studierenden im Bereich der Hebammenkunde. Eine Stipendienlösung kann nur vorübergehender Natur sein. Aktuell werden die in Bayern an sieben Hochschulen zur Verfügung stehenden Pflegestudienplätze bei Weitem nicht vollständig belegt. Die aktuelle Akademikerquote im Bereich der Pflege von 0,5 Prozent ist zu gering, zumal diese Quote in den vergangenen Jahren noch gesunken ist.

Zum Hintergrund: Laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll das Pflegestudium neben den Inhalten der beruflichen Ausbildung unter anderem Kompetenzen zur Steuerung und Gestaltung hochkomplexer Pflegeprozesse, zur Erschließung der neuesten pflegewissenschaftlichen Erkenntnisse und für eine kritisch-reflexive Auseinandersetzung mit theoretischem wie praktischem Pflegewissen vermitteln. Auch die Fähigkeit zur Mitwirkung an der Qualitätsentwicklung gehört dazu.

Das Studium dauert mindestens drei Jahre und umfasst theoretische und praktische Lehrveranstaltungen an der Hochschule im Umfang von mindestens 2 100 Stunden und

Praxiseinsätze im Umfang von mindestens 2 300 Stunden in Einrichtungen der ambulanten und stationären Akut- und Langzeitpflege und anderen Einrichtungen der pflegerischen Versorgung.

Insgesamt gibt es in Bayern rund 20 Studiengänge mit Pflegebezug: Aktuell bieten die Hochschulen Deggendorf, Rosenheim, München, Regensburg, Neu-Ulm, Würzburg Hof, Kempten, die Universitäten TU München, Ludwigs-Maximilians-Universität und Friedrich-Alexander-Universität Erlangen, Nürnberg, die Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft Nürnberg, München und Eichstätt-Ingolstadt sowie private Hochschulen Pflegestudiengänge an. Von den etwa 210 möglichen Studienplätzen des primärqualifizierenden Studiengangs Pflege waren im Wintersemester 2021/2022 nur 98 von Studierenden im Erstsemester belegt.



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XIII: Steuerrecht anpassen, höhere Freibeträge für nebenberufliche Dozentinnen und Dozenten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass nebenberufliche Lehrerinnen und Lehrer einen höheren Steuerfreibetrag für eine bessere Honorierung der Tätigkeit externer Lehrender erhalten. Dies gilt insbesondere für Lehrende in der Pflege.

### **Begründung:**

Der Fachkräftemangel ist in vielen Bereichen des Gesundheitswesens nicht erst seit Corona deutlich geworden. Die Attraktivität des Pflegeberufs muss deshalb weiter verbessert werden, um mehr Menschen für die Pflege zu begeistern.

Mit höheren Steuerfreibeträgen gerade für die Tätigkeit externer Dozentinnen und Dozenten kann es gelingen, mehr Personal zu generieren – und damit die Ausbildung auf ein breiteres Fundament zu stellen. Fälle, in denen Ausbildungsklassen aufgrund eines Dozentenmangels geschlossen werden, müssen der Vergangenheit angehören!

Wenn wir mehr Auszubildende in der Pflege wollen, brauchen wir auch mehr Lehrerinnen und Lehrer. Mehr Fachschulen in der Fläche führen zu wohnortnäheren Ausbildungsangeboten, die die Attraktivität der Ausbildung weiter steigern.



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XIV: Steuerrecht anpassen, Steuerfreiheit für Springerdienste und Wechselschichten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in Fortführung des Beschlusses des Landtags vom 29. September 2021, Drs.18/18049, auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge sowie zum Beispiel Zulagen für Springerdienste und Wechselschichten im Pflegebereich komplett steuerfrei gestellt werden, damit so die Leistung der Pflegerinnen und Pfleger besser honoriert wird und den Pflegekräften „mehr Netto vom Brutto bleibt“, ohne die sozialen Sicherungssysteme zu belasten.

### **Begründung:**

Der Fachkräftemangel ist in vielen Bereichen des Gesundheitswesens nicht erst seit Corona deutlich geworden. Die Attraktivität des Pflegeberufs muss deshalb weiter verbessert werden, um mehr Menschen für die Pflege zu begeistern. Ein Baustein kann die Bezahlung sein, indem Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie Zulagen für Springerdienste und Wechselschichten komplett steuerfrei gestellt werden.

Zuschläge werden in der Pflege unter anderem für Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste gezahlt. Ähnliche Regelungen gibt es für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ), beispielsweise bei der Polizei. Zuschläge, die für tatsächlich geleistete Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit neben dem Grundlohn gezahlt werden, sind derzeit nach § 3b Einkommensteuergesetz (EStG) steuerfrei, soweit sie bestimmte Prozentsätze des Grundlohns nicht übersteigen:

- 25 Prozent für Nachtarbeit von 20.00 bis 06.00 Uhr,
- 40 Prozent für Nachtarbeit von 00.00 bis 04.00 Uhr, wenn die Nachtarbeit vor 00.00 Uhr aufgenommen worden ist,
- 50 Prozent für Sonntagsarbeit von 00.00 bis 24.00 Uhr,
- 125 Prozent bei Feiertagsarbeit von 00.00 bis 24.00 Uhr sowie für Arbeit am 31. Dezember ab 14.00 Uhr,

- 150 Prozent bei Arbeit am 24. Dezember (ab 14.00 Uhr), am 25. und 26. Dezember und am 1. Mai (von 00.00 bis 24.00 Uhr),

Die höheren Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit werden auch für Arbeit von 00.00 bis 04.00 Uhr des folgenden Tages gewährt, wenn die Nachtarbeit noch vor 00.00 Uhr aufgenommen wurde.



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Johann Häusler, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel**  
CSU

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XV:  
Informations- und Öffentlichkeitskampagne für die Pflege**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Staatsregierung eine weitere Informations- und Öffentlichkeitskampagne für die Pflege auf den Weg gebracht hat, durch die die Wertigkeit des Berufs in der Pflege verdeutlicht und damit Interesse an einer pflegerischen Tätigkeit geweckt wird. Wichtig ist dabei vor allem eine hervorragende Internetpräsenz, aber auch der direkte persönliche Kontakt etwa durch die Vorstellung des Pflegeberufs in Schulen mit dem Ziel, die positiven Seiten des Pflegeberufs darzustellen.

### **Begründung:**

Der demografische Wandel prägt unsere Gesellschaft. Angesichts eines wachsenden Anteils der älteren Bevölkerung wächst auch der Bedarf an qualifizierten, gut ausgebildeten und empathischen Pflegefachkräften. Gleichzeitig wird nach den bisherigen Prognosen die Zahl der dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehenden jungen Menschen sinken. Bereits heute besteht ein hoher bundesweiter Fachkräftemangel in diesem Bereich. Insofern ist es wichtig, gerade bei Menschen in der Berufsfindungsphase für eine Tätigkeit in der Pflege zu werben. Effektiver als Plakate und bloßes Verteilen von Werbebroschüren ist dabei der unmittelbare persönliche Kontakt, sodass die Vorstellung des Pflegeberufs in Schulen als eine sinnvolle Herangehensweise erscheint. Die Ausbildungsoffensive des Bundes „Mach Karriere als Mensch!“ stellt bereits einen guten Ansatz dar, sollte aber im Freistaat im Sinne einer „Charmeoffensive für die Pflege“ weiter ausgebaut werden.